



INTERNATIONALES BULLETIN

Oktober 2025 Nr. 266

www.mlkp-info.org | mail@mlkp-info.org



Die JKŞ verteidigt die Frauenrevolution

Der Aufbau des neuen Syrien

Betrachtet man das heutige Syrien, so wird schnell deutlich, dass sich die politische Landkarte zunehmend im Einklang mit imperialistischen Plänen hin zu einer Zentralisierung unter einem neuen politisch-islamischen Regime entwickelt. Das größte Hindernis für dieses „neue Golani-Syrien“ bleibt

jedoch nach wie vor die Frage der Integration von Rojava. Im Zentrum dieser Entwicklung stehen die Verhandlungen und Abkommen zwischen den Syrischen Demokratischen Kräften (SDF) und dem politisch-islamistischen Regime von Hay'at Tahrir al-Sham (HTS). Dieser Prozess, der nach einem jä-

hen Abbruch der Gespräche am 10. März 2025 zunächst ins Stocken geriet, wurde am 9. Juli 2025 in einer Versammlung in Damaskus wiederbelebt.

Der zentrale Streitpunkt dieser Gespräche ist die Frage der Integration Rojawas in den syrischen Staat. Dabei stehen drei Hauptaspekte im Fokus: militärische, politische und wirtschaftliche Integration. Das autonom verwaltete Nord- und Ostsyrien (Rojawa) will sicherstellen, dass es seine politischen und sozialen Errungenschaften beibehält und nicht einem zentralisierten System unterworfen wird. Ohne Zweifel, wird jegliche Übereinkunft mit der HTS nur einen vorübergehenden Charakter haben, da eine Stabilität für Syrien unter der HTS nicht in Sicht ist.

Die Vision der USA für Syrien: Eine Nation, Eine Armee, Eine Regierung
Trotz der fortlaufenden Verhandlungen wurde ein entscheidender Moment in der Offenlegung der imperialistischen Pläne der USA für Syrien deutlich. Tom Barrack, der US-Sonderbeauftragte für Syrien, skizzierte die US-amerikanische Vision eines zentralisierten Syriens unter der alleinigen Führung ihres neuen politisch-islamischen Partners, HTS. Dies wird durch den Slogan „Eine Nation, Eine Armee,

Eine Regierung“ unterstrichen. HTS hat in diesem Kontext seine „Hausaufgaben“ gemacht: Der Binnenmarkt wurde für westliche Investitionen geöffnet, Ölverträge mit den USA abgeschlossen und Israel das ungestörte Recht eingeräumt, syrische Gebiete zu annektieren. Im Gegenzug wird HTS, zusammen mit all ihren politisch-islamischen faschistischen Mitgliedern, von westlichen Staaten anerkannt, von Terrorlisten gestrichen und ins internationale System integriert. Der gleiche imperialistische Westen, der die Repressionen des Assad-Regimes verurteilte, scheint nun bereit zu sein, die nächste Diktatur zu akzeptieren.

Ein solches islamistisch-faschistisches Regime steht in scharfem Widerspruch zur demokratischen Volksrevolution in Nord- und Ostsyrien, wo nicht nur die Gleichberechtigung der Völker, sondern vor allem die Gleichberechtigung der Geschlechter praktiziert wird. Dieser fundamentale Widerspruch prägt das Ausmaß und die Schärfe der Machtkämpfe und Verhandlungen in Syrien und wird in Zukunft das Schicksal von Syrien bestimmen.

Die Bedrohung durch die faschistischen türkischen Kolonialstaat

Inmitten dieser geopolitischen

Umwälzungen bleibt der faschistische türkische Staat ein zentraler Akteur. Durch die jüngsten Vereinbarungen mit Hay'at Tahrir al-Sham (HTS) hat er seinen Einfluss in Syrien weiter ausgebaut. Mit der Wiedererlangung des Rechts auf militärische Operationen bis zu einer Tiefe von 30 Kilometern hat Ankara nicht nur seine militärische Präsenz gefestigt, sondern auch seine kolonialen Ambitionen in Syrien weiter abgesichert. Diese Vereinbarung, die die „Ankara-Vereinbarung“ mit dem Assad-Regime ergänzte, zeigt deutlich, dass das Chefregime unter Recep Tayyip Erdoğan nicht beabsichtigt, sich aus den besetzten Gebieten in Syrien zurückzuziehen. Vielmehr strebt es danach, neue Gebiete zu besetzen und seine politischen Ziele in der Region durchzusetzen.

Das faschistische Chefregime verfolgt eine klare Strategie zur Zerschlagung der regionalen Selbstverwaltung in Rojava. Mazlum Abdî, der Kommandant der SDF, erklärte, dass der türkische Kolonialstaat versuche, das bestehende Integrationsmodell zwischen der SDF und HTS zu unterminieren, um die autonome Verwaltung zu schwächen und letztlich aufzulösen. Besonders auffällig ist der Druck, den er auf die HTS ausübt,

um ihre eigenen politischen Ziele durchzusetzen. Der türkische Kolonialstaat nutzt beispielsweise verschiedene nahestehende Gruppen innerhalb von HTS, um Einfluss auf die Verhandlungen und die Entwicklung Syriens zu nehmen.

Darüber hinaus hat er, wie bereits in der Vergangenheit, arabische Stämme in der Region mobilisiert, um eine Verschiebung der regionalen Machtverhältnisse zu erzwingen und die SDF aus Gebieten wie Deir ez-Zor, Raqqa und Hasaka zu vertreiben. Dies ist Teil seiner geopolitischen Strategie, die Kontrolle über südliche Gebiete zu verstärken und das kurdische Selbstverwaltungsprojekt zu eliminieren.

Die Bedrohung der Völker und der Rojava-Revolution

Diese geopolitischen Umwälzungen stellen insbesondere die Völker Syriens, wie Kurd:innen, Drus:innen, Alawit:innen vor eine immense Gefahr. Diese Gruppen, die unter dem Assad-Regime bereits unterdrückt wurden oder zu den ärmsten Bevölkerungsgruppen zählten, sind nun mit der Bedrohung konfrontiert, unter die Herrschaft einer neuen Diktatur zu geraten. Einer Diktatur, die keinerlei nationale, religiöse oder politische Rechte anerkennt. HTS hat bereits in der Vergangenheit ihre feind-

liche Haltung gegenüber den verschiedenen Bevölkerungsgruppen unter Beweis gestellt, etwa durch Pogrome gegen Alawit:innen und die Angriffe auf Drus:innen.

Die nächste entscheidende Zielregion in diesem geopolitischen Schachspiel ist unmissverständlich Rojava. Tom Barrack hat deutlich gemacht, dass HTS darauf abzielt, die autonome Verwaltung von Nord- und Ostsyrien unter ihre Kontrolle bringen zu wollen. Die USA streben danach, der HTS die alleinige Kontrolle über Syrien zu übertragen, wobei die verschiedenen Völker des Landes den imperialistischen Interessen der USA unterworfen werden sollen. Diese Entwicklungen stellen die Rojava-Revolution vor eine existenzielle Bedrohung.

Die Revolution ist die Hoffnung der Völker und Unterdrückten

Unter diesen Bedingungen sind die Aussagen von Anführer:innen der Revolution wie Sipan Hemo und Salih Muslim entscheidend, die betonen, dass die Schaffung eines autonomen politischen Systems, das auf der Selbstbestimmung der Regionen basiert, von essenzieller Bedeutung bleibt. Besonders wichtig ist dabei das Beharren auf der Rolle der Frauen und die Errungenschaften der Frauenbewegung in Rojava.

Es kam bereits zu heftigen Auseinandersetzungen mit HTS, bei denen die Frauen klar zum Ausdruck brachten „die YPJ steht außer Debatte“. Die revolutionären demokratischen Prinzipien, die in Rojava erkämpft wurden, bieten einen Hoffnungsschimmer für die Völker Syriens, dass es auch jenseits von Diktaturen eine demokratische Volksrepublik geben kann, die ein würdevolles und selbstbestimmtes Leben gewährleistet. Wenn diese Revolution fortbestehen und sich ausweiten soll, ist es notwendig, dass alle fortschrittlichen Kräfte, sowohl in Syrien als auch weltweit, entschlossen für die Verteidigung und den Aufbau der Rojava-Revolution eintreten. Eine Zerschlagung dieser Autonomie durch HTS, unterstützt durch westliche imperialistische Mächte und den türkischen Kolonialstaat, würde nicht nur die Errungenschaften der Revolution untergraben, sondern auch die Rechte und die Zukunft des kurdischen, arabischen, assyrischen und armenischen Volkes sowie der Unterdrückten, Arbeiter:innen und Frauen in Syrien gefährden. Der Kampf für ein demokratisches Syrien und die Selbstbestimmung der Völker tritt angesichts der neuen Übergangssituation in eine neue Phase.

Die erste Konferenz der JKŞ – Die Frauen Syriens kämpfen für die Verteidigung der Revolution

Im Oktober organisierten die Revolutionären Kommunistischen Frauen (JKŞ) aus Rojava und Nord- und Ostsyrien ihre erste Konferenz in Hesekê. Sie stand unter dem Motto „Wir stärken unsere Organisation, um die Errungenschaften der Frauenrevolution zu schützen“.

Viele Frauen aus verschiedenen Regionen, Nationen und Glaubensrichtungen kamen zusammen: Alawitische Frauen aus der syrischen Küstenregion, Frauen aus Serêkanîye, Afrin, Kobanê, Dirbesîye und Til Temir. Sie alle vereinte der entschlossene Wille, die Frauenrevolution zu verteidigen und sich gegen die politisch-islamische, faschistische HTS und ihre frauenfeindliche Politik zu organisieren. Über 50 Delegierte versammelten sich voller Hoffnungen für die Zukunft der Revolution und bekräftigten einmal mehr ihren Anspruch, die kommunistische Vorhut der Frauenrevolution zu sein. Vielen war bewusst, dass sie Zeuginnen eines historischen Augenblicks waren.

Zeiten des Umbruchs erfordern revolutionäre Haltung

In der Eröffnungsrede wurde die

historische Bedeutung der 1. Konferenz der Organisation hervorgehoben, die am 8. März 2019, dem internationalen Frauenkampftag, erstmals unter dem Namen JKŞ auf die Straße ging und sich als revolutionäre Kraft etabliert hat.

Nach einer Schweigeminute für die unsterblich gewordenen Frauen ergriff eine Sprecherin der JKŞ das Wort. Sie betonte die Notwendigkeit, die Errungenschaften der Frauenrevolution zu verteidigen: „Wir existieren, um die Errungenschaften der Frauenrevolution zu schützen. Wir existieren, um unser System des Co-Vorsitz und unsere spezifischen Organisationen zu schützen. Wir existieren gegen die frauenfeindliche Politik der HTS.“

In ihrer Rede analysierte sie den politischen Prozess nach dem Sturz des Baath-Regimes. Die Zeit seit diesem Umbruch sei unter anderem durch die frauenfeindliche Politik der HTS, dem Verlust des Manbij-Gebiets, massiver Migration und zugleich von unermüdlichem Widerstand entlang der Tishrin-Qereqozak-Linie geprägt. Ihre Rede war Ausdruck der revolutionären Haltung der kommu-

nistischen Frauen in Rojava und Nord- und Ostsyrien. Die Sprecherin unterstrich, dass die Verteidigung der Frauenrevolution ein zentrales Element der politischen Linie der JKŞ sei. Es gelte, den Kampf um die Freiheit der Lebensführung, das Recht auf Bildung und Arbeit sowie die Frauenkoalition zu intensivieren und die bisherigen Errungenschaften zu schützen.

Die Sprecherin vermittelte die Haltung revolutionärer kommunistischer Frauen zu diesem Prozess und betonte, dass die Verteidigung der Frauenrevolution und ihrer Errungenschaften ein zentrales Element der politischen Linie der JKŞ sei. Diese neue Zeit erfordert eine Verstärkung des Kampfes, um das System des Co-Vorsitz, die freie Lebensgestaltung, das Recht auf Bildung und Arbeit und alle anderen Errungenschaften der Frauenrevolution zu verteidigen.

Auf den Einleitungsbeitrag ergriffen zahlreiche weitere Delegierten aus Afrîn, Shehba und Serêkanîyê das Wort und berichteten von ihren Erfahrungen. Wut und Schmerz klangen in den Stimmen dieser Frauen mit. Sie waren gewaltsam aus ihren Häusern und von ihrem Land vertrieben worden. Ihr größter Wunsch war die

Befreiung ihres Landes, und sie bekräftigten ihr Versprechen, dafür zu kämpfen. Auch alawitische Frauen berichteten von den Massakern durch HTS-Banden in der Küstenregion, von Zwangsvertreibungen aus ihren Häusern und davon, dass ihnen die Fortsetzung ihrer Ausbildung verwehrt wurde, weil sie sich weigerten, den Hijab zu tragen. Delegierte aus Kobanê erzählten von den Jahren der IS-Angriffe und machten deutlich, dass Krieg und Zwangsmigration besonders Frauen treffen.

Die Organisation stärken heißt die Revolution aufzubauen!

Nach der Analyse der politischen Lage folgte eine Diskussion über organisatorische Perspektiven. Dabei wurde festgestellt, dass das Organisationssystem der JKŞ bereits eine solide Grundlage bildet, aber weiter gestärkt und ausgebaut werden müsse. Besonders Versammlungen wie diese Konferenz sollten künftig noch stärker genutzt werden, um den politischen Austausch zu fördern.

Ein weiterer Redebeitrag widmete sich den Qualitäten kommunistischer Frauen, deren Anliegen es ist, die Frauenrevolution und ihre Errungenschaften unter allen Umständen zu verteidigen. Als Beispiel hierfür wurde die JKŞ-Kampagne

„Wir sind hier“ genannt, eine politische Initiative, um noch mehr Frauen für den kompromisslosen Kampf gegen das Patriarchat und für die Verteidigung der Frauenrevolution zu gewinnen.

Die Teilnehmerinnen betonten, dass Frauen in Rojava und Nord- und Ostsyrien weiterhin durch patriarchale Strukturen, Stammesdenken und traditionelle Moralvorstellungen eingeschränkt werden. Frauen teilen ähnliche Erfahrungen, weshalb die Förderung von Frauensolidarität und Gleichstellung unerlässlich ist. Es gilt, das Geschlechterbewusstsein zu schärfen, gegenseitige Unterstützung zu festigen und den Kampf mit sozialistischem Patriotismus und Klassenbewusstsein zu verbinden, die Grundlage der politischen Identität der Revolutionären Kommunistischen Frauen.

Die besondere Rolle der jungen Frauen

Besonders die jungen Frauen der Revolutionären Kommunistischen Jungen Frauen (CKŞ-Jin) traten während der Konferenz hervor. Sie eröffneten die Veranstaltung mit Bannern und Parolen und zeigten trotz ihres jungen Alters bemerkenswertes Engagement, Diskussionsalent und politische Reife. Jede

Aufgabe, die anfiel, übernahmen sie ohne zu zögern, um einen erfolgreichen Ablauf der Konferenz sicherzustellen. Eine junge Delegierte schilderte eindrücklich, wie die Politik der HTS das Leben junger Frauen beeinträchtigt: Das Recht auf Bildung wurde ihnen genommen, der erzwungene Hijab schränkt sie ein, Philosophie- und Naturwissenschaftsfächer wurden aus dem Lehrplan gestrichen. Gleichzeitig steigen die Zahlen von Kinderehen und Suiziden junger Frauen. Sie machte deutlich, dass junge Frauen besonders im Fadenkreuz der HTS stehen und erklärte zugleich, dass sie als junge Revolutionärinnen weiterkämpfen werden, um die Revolution und ihre Errungenschaften zu verteidigen. Zum Abschluss der Konferenz wurde ein neuer Generalrat gewählt. Viele Frauen schlugen sich selbst vor und übernahmen neue Verantwortungen. Im neuen Rat sind kurdische, arabische und alawitische Frauen vertreten. Die Konferenz endete mit den Slogans „Jin Jiyan Azadi“, „Lang lebe unsere Frauenrevolution“ und „Wir sind hier“. Schulter an Schulter tanzten die Frauen Halay und spürten den Stolz, einen historischen Schritt in der Geschichte der Frauenrevolution getan zu haben.



Gerechtigkeit für Rojin Kabaış

Frauen wehren sich gegen patriarchale Justiz und Vertuschung

Vor mehr als einem Jahr wurde die junge kurdische Studentin Rojin Kabaış aus Wan tot unweit des Campus ihrer Universität aufgefunden. Schnell wurde klar, dass es sich um einen Mord, einen Femizid handeln muss. Doch zugleich war auch klar, dass von einer tatsächlichen Aufklärung des Falls seitens des türkischen Staates nichts zu erwarten war. Die patriarchale Justiz hat in der Vergangenheit immer wieder gezeigt, dass sie Femizide systematisch vertuscht, die Täter schützt und die Opfer zu Schuldigen macht. Oft enden Verfahren mit lächerlich niedrigen Strafen oder gar ohne jegliche Strafverfol-

gung. Dieses altbekannte Muster wird auch im Fall von Rojin Kabaış deutlich.

Bereits am Tag ihres Todes bezeichneten die Behörden die Tat als „Suizid“. Diese vermeintliche Erklärung sollte den Mord verschleiern und die Verantwortung vertuschen. Doch Frauen, Studierende und Angehörige stellten von Anfang an in Frage, was die Behörden vorgaben. Sie organisierten sich, gründeten „Gerechtigkeitskommissionen für Rojin Kabaış“ und forderten unermüdlich Aufklärung.

Neue Beweise kommen ans Licht

Ein Jahr nach Rojins Tod nimmt

der Fall wieder Fahrt auf. Der Druck der Frauenbewegung, der Familie und solidarischer Anwält:innen führte dazu, dass das Institut für Forensische Medizin gezwungen war, einen neuen Bericht vorzulegen. Darin wird bestätigt, dass DNA-Spuren von zwei verschiedenen Männern auf Rojins Körper gefunden wurden – an der Brust und im Vaginalbereich.

Dieser Befund belegt den Verdacht einer sexualisierten Gewalttat und widerlegt die offizielle Suizidanahme eindeutig. Doch anstatt die Täter zu ermitteln, weigern sich die zuständigen Behörden, die DNA zu analysieren oder offenzulegen, wem sie gehören. Der Bericht blieb monatelang unter Verschluss, die Ermittlungsakte wurde mit einem „Geheimhaltungsbeschluss“ versehen. Die Vertuschungsversuche sind als mehr als offensichtlich.

Frauen fordern Aufklärung und Gerechtigkeit

Diese neuen Entwicklungen lösten eine neue Protestwelle aus, die von Frauen angeführt wird. In Istanbul, Ankara, Wan, Mardin und zahlreichen anderen Städten versammelten sich Hunderte Menschen, um Gerechtigkeit für Rojin zu fordern.

In Istanbul zogen Frauen mit Transparenten und Parolen wie

„Rojin hat keinen Suizid begangen, findet die Täter!“ durch die Straßen. Sie forderten die sofortige Offenlegung der DNA-Ergebnisse und die strafrechtliche Verfolgung aller Beteiligten. Mit ihnen waren Rojins Onkel Ahmet Kabaiş und ihre Schwester Elif Kabaiş, die erklärten, sie würden nicht aufhören zu kämpfen, bis die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen sind.

Auch in Wan, der Universität, an der Rojin studierte, gehen die Proteste weiter. Studierende halten täglich Mahnwachen und Demonstrationen ab, trotz Einschüchterungen durch die Universitätsleitung. Mit Plakaten, auf denen „Jedes Schweigen ist Mittäterschaft“ oder „Rojins Schrei wird das Schweigen brechen“ steht, prangern sie die patriarchalen Strukturen an, die zu Rojins Tod geführt haben. Auch in anderen Städten solidarisieren sich Studierende mit den Protesten in Wan. In Mardin, Konya und verschiedenen Istabuler Stadtteilen gingen Studierende auf die Straße. In Ankara organisierte die Frauenplattform eine große Demonstration vor dem Gebäude des Justizministeriums.

Besonders die Universitätsleitung in Wan zeigt durch ihr Verhalten



ihre Mittäterschaft. Rektor Hamdullah Şevli soll laut Augenzeugen bei der Obduktion anwesend gewesen sein, ohne offizielle Berechtigung. Warum ein Universitätsrektor in ein Ermittlungsverfahren eingreift, bleibt bislang ungeklärt. Aber nach allem, was im vergangenen Jahr geschehen ist, sollte klar sein, dass er wohl ein starkes Interesse daran hatte, Spuren zu verwischen und Beteiligte innerhalb der Universität zu schützen. Anstatt für Transparenz zu sorgen, reagierte die Universitätsleitung mit Drohungen: Studierende, die sich an den Protesten beteiligten, wurden mit Disziplinarmaßnahmen und Strafanzeigen eingeschüchtert. Doch diese Versuche, den Widerstand zu brechen, hatten den ge-

genteiligen Effekt und sie machten Rojins Fall landesweit bekannt.

Der Femizid an Rojin Kabaış ist längst kein Einzelfall. Er steht exemplarisch für die systematische Gewalt gegen Frauen in der Türkei und Kurdistan sowie für ein patriarchales Justizsystem, das Täter schützt. Allein in diesem Jahr wurden mindestens 290 Frauen in der Türkei und Nordkurdistan ermordet, durchschnittlich drei Frauen pro Tag.

Aus diesem Grund rufen zahlreiche Kräfte aus der werktätigen linken, der revolutionären und auch der feministischen Bewegung dazu auf die Gerechtigkeitskommissionen für Rojin Kabaış zu unterstützen und den Kampf gegen patriarchale Gewalt zu intensivieren.



Ein Jahr Verhandlungen: Eine bürgerliche Politik kann die kurdische Frage nicht lösen

Seit nunmehr einem Jahr beobachten wir den Prozess, in dem versucht wird eine bürgerliche Lösung für die kurdische Frage zu finden. Am 1. Oktober des vergangenen Jahres schüttelte der faschistische MHP-Vorsitzende Devlet Bahçeli Politikern der DEM-Partei im Parlament des bürgerlichen türkischen Kolonialstaates die Hand. Dieses symbolische Händeschütteln löste einen Prozess aus, der bis heute andauert. Es blieb nicht bei diesem einen Händedruck, inzwischen wurde auch dem faschistischen Chef Erdoğan die Hand gereicht.

Die Tatsache, dass die Delegation der DEM-Partei mit dem faschistischen Chef im Parlament für Fotos posiert, zeigt deutlich, dass hier keine natürliche, diplomatische Haltung eingenommen wird. In diesem Prozess stehen sich keine gleichberechtigten politischen Subjekte gegenüber. Die Inszenierung vermittelt den Eindruck, dass die angemessene politische Repräsentation der demokratischen Kräfte unserer Völker fehlt. Es mangelt an einer gleichberechtigten Haltung, an Verantwortung und Ernsthaftigkeit. Das Posieren mit Erdoğan

stärkt nur dessen Position und bringt keinerlei Fortschritt für die Belange unserer Völker.

Die DEM-Delegation hat es bei dem Foto versäumt, sich als demokratische legitime Vertretung unserer Völker zu positionieren und die unterdrückten und werktätigen Massen, auf die sie sich stützt, durch eine konsequente, ehrliche und prinzipientreue politische Diplomatie zu repräsentieren.

Angesichts dieses Versäumnisses, hat sozialchauvinistisches Ressentiment in Teilen der werktätigen linken Bewegung mit aller Härte zugeschlagen. Ungeachtet der oberflächlichen Kritik seitens des sozialchauvinistischen Reaktionismus sollte die DEM-Partei jedoch den unterstützenden und konstruktiven Stimmen jener Teile der werktätigen linken Bewegung Gehör schenken, die eine verantwortungsvolle, differenzierte Kritik an diese Frage entwickelt haben.

Die DEM-Partei muss ihrer Verantwortung gerecht werden, die ihrer Mission als Partei der demokratischen Einheitsfront unserer Völker entspricht. Sie sollte eine selbstkritische und korrigierende Haltung einnehmen, die ihre diplomatische und politische Praxis in Einklang bringt. Denn ohne eine solche Haltung wird es im laufen-

den bürgerlichen Lösungsprozess der kurdischen Frage keine wirksame, produktive und glaubwürdige politische Diplomatie geben.

Mit diesem Politikstil lassen sich weder gerechte und demokratische Friedensverhandlungen führen, noch können die Forderungen der Unterdrückten der faschistischen Palastmacht aufgezwungen werden. Eine Politik, die sich selbst ihres Status als gleichberechtigtes politisches Subjekt beraubt, kann kaum eine sinnvolle Antwort auf die Hoffnungen und Erwartungen unserer Völker geben, das sich eine Befreiung vom faschistischen Chefregime wünscht.

Trotz der umfangreichen Erfahrungen aus vergangenen Verhandlungsprozessen greift die DEM-Partei auf liberale Einstellungen und Ansätze zurück, die die Realität des faschistischen Regimes verkennen, das diesen Prozess ausschließlich für die Festigung seiner politischen Macht instrumentalisiert. Darüber hinaus ignoriert diese liberale Denkweise die politischen Risiken, die die kommende Zeit mit sich bringt. Der faschistische Präsident Erdoğan wird nicht zögern, alle Mittel einzusetzen, um seine Macht zu sichern.

Im aktuellen Kontext ist daher klar: Erdoğan verfolgt eine neue politi-

sche Machtstrategie. Es scheint, dass er eines der zentralen Probleme bereits gelöst und dafür die Zustimmung des US-Imperialismus erhalten hat. Innerhalb dieser neuen politischen Machtstruktur versucht das Regime vor allem die DEM-Partei im bürgerlichen Lösungsprozess der kurdischen Frage zu manipulieren und für seine eigenen Zwecke zu vereinnahmen. Zugleich ist zu beobachten, dass die DEM-Partei ihre Zusammenarbeit mit der CHP zunehmend aufgibt. Das konkrete Ziel dieser Strategie ist eindeutig: Die DEM-Partei und die gesamte kurdische national-demokratische Bewegung sollen unter die Kontrolle und Aufsicht des Palastregimes gestellt werden.

Eine weitere Dimension dieser Strategie ist die gezielte Beeinflussung und Spaltung der verschiedenen politischen Tendenzen innerhalb der DEM-Partei und der kurdischen nationalen demokratischen Bewegung. Diese Taktik zielt darauf ab, die Bewegung politisch zu schwächen. All diese strategischen Ziele und taktischen Schritte des Regimes werden immer deutlicher. Es reicht jedoch nicht aus, diese Entwicklungen nur zu beobachten; es ist notwendig, eine ideologisch-politische Praxis zu formulieren, die das Recht auf eine

unabhängige politische Existenz und Linie verteidigt.

In diesem Zusammenhang weisen die aktuellen ideologischen Brüche auf ein weiteres entscheidendes Problem hin: Sie erhöhen das Risiko einer politischen Niederlage. Die Methode der „verhandlungsbasierte Demokratie“ wurde in den bürgerlichen Lösungsprozess der kurdischen nationalen Frage eingeführt. Diese Methode postuliert, dass gesellschaftliche Probleme ausschließlich durch Diskussion und Konsensfindung gelöst werden können. Der Einsatz dieser Methode spiegelt eine ideologische Einbeziehung in die anerkannte bestehende bürgerliche Ordnung wider.

Diese Methode wurde von Abdullah Öcalan bei seinem letzten Treffen mit der DEM-Delegation auf der Gefängnisinsel Imralı verkündet. Nachdem Öcalan zuvor einen „Lösungsweg“ für die kurdische Frage durch eine parlamentarische Kommission vorgeschlagen hatte, legte er nun auch die „Lösungsmethode“ fest. Die derzeitige Kommission arbeitet tatsächlich nach der von Öcalan beschriebenen Methode: Gruppen oder Einzelpersonen, die nach bestimmten Kriterien ausgewählt wurden und unterschiedlicher Herkunft sind, tragen dort ihre Anliegen vor.

Die „deliberative Demokratie“ ist jedoch ein Konzept, das aus der bürgerlichen politischen Philosophie stammt und eine politisch-normative Methode zur Konsensfindung zwischen Herrschenden und Beherrschten darstellt. Sie ist Teil einer bürgerlichen Strategie, die als reaktionäre Theorie des Liberalismus klassifiziert werden kann. Die deliberative Demokratie definiert Klassenkooperation als politischen Grundsatz innerhalb der bürgerlichen Demokratie. Konflikte zwischen Arbeitenden und Chefs, Volk und Despoten, Frauen und Männern usw. sollen durch Diskussion und Konsensbildung gelöst werden.

Prägend für die Entwicklung der Theorie der deliberativen Demokratie war Jürgen Habermas, einem der führenden Vertreter der Frankfurter Schule. Sie gilt als „linke“ Variante bürgerlicher Philosophie des 20. Jahrhunderts. Tatsächlich jedoch ist sie eine reaktionäre Methode, die den Klassenkampf innerhalb der Grenzen der bestehenden Ordnung einsperrt. Sie basiert auf einer politischen Philosophie, die die bürgerliche Ordnung in den Mittelpunkt stellt, Klassenzusammenarbeit predigt und davon ausgeht, dass alle gesellschaftlichen Probleme durch Dialog und Ver-

handlung lösbar seien.

Das Hauptziel der deliberativen Demokratie ist die Herstellung von Konsens. Nach ihrer Logik dient jedes Gespräch dem Zweck, das Problem zu erläutern, verstanden zu werden und letztlich eine Einigung mit der Gegenpartei zu erzielen. Anders ausgedrückt, soll die Kommunikation alle gesellschaftlichen Probleme lösen, indem sie Konfrontation vermeidet und Einvernehmen anstrebt.

Dass Abdullah Öcalan diese Methode übernimmt, die auf der von Habermas vertretenen bürgerlich-liberalen Ordnung beruht, stellt einen ernsthaften ideologischen Rückschritt dar. Der schnelle Übergang von der radikalen zur deliberativen Demokratie markiert einen grundlegenden Wandel in der ideologisch-politischen Orientierung.

Unter den heutigen Bedingungen, in denen revolutionäre Gewalt kategorisch abgelehnt und revolutionären Bewegungen Entwaffnung und Unterwerfung auferlegt werden, bedeutet die deliberative Demokratie nichts anderes als einen Aufruf zur Aufgabe, zur Entschärfung und zur Integration in die bestehende Ordnung. Diese bürgerliche Methode hat unserem Volk nichts Sinnvolles zu bieten.